

Bildung. Arbeit. Integration.

Vortrag vor der Vereinigung der Verwaltungsrichter/ -innen NRW
Verwaltungsgericht Düsseldorf,
Freitag, 25. November 2016, 11:00Uhr

I.

Aktuell überlagert die Flüchtlingskrise alle öffentlichen Debatten. Es ist auch nicht verwunderlich, wenn innerhalb eines Jahres fast 900.000 Menschen zu uns kommen. Dass wir in Europa vor großen Herausforderungen durch neue Migrationsbewegungen stehen, war vielen weitsichtigen Menschen seit Jahrzehnten bekannt. Zu unterschiedlich entwickeln sich die Gesellschaften Afrikas und des Orients im Vergleich mit dem prosperierenden Europa, das für viele wie ein paradiesisches Heilsversprechen erscheint. Die Medialisierung, also die flächendeckende Verbreitung der Smartphones (mit ihren Bildschirmen) sorgt dafür, dass die Globalisierung, von der der Westen unter dem Stichwort „Exportwirtschaft“ so lange nur profitiert hat, keine Einbahnstraße mehr ist. Das Wissen über den Wohlstand ist verbreitet und das Bewusstsein, wie klein die Welt und wie schnell erreichbar Europa ist, wird dank „Google Maps“ für viele ganz konkret operationalisierbar. Zugleich ist das Leiden unter korrupten politischen Strukturen, die Armut, die Perspektivlosigkeit etc. so drückend, dass Aufbruch als einzige Option erscheint. Aus dem Fluchtmotiv ist eine neue Industrie geworden, in der wenige vom Leid anderer profitieren und ihr schäbiges (Schlepper-)Geschäft damit machen, Menschen in neue Abhängigkeiten und Gefahren zu bringen. Der berühmte Besuch Papst Franziskus’ auf der Insel Lampedusa, der auf das Sterben im Mittelmeer hinweisen sollte, wurde politisch so weit, wie es irgend ging, ignoriert. Mittlerweile haben das EU-Abkommen mit der Türkei und die neuen

Grenzzäune in Osteuropa den Zustrom zu uns verringert. In diesem Jahr sind es nur noch 200.000 Flüchtlinge gewesen. Wir sollten endlich aktiv die Fluchtursachen bekämpfen, Friedenssicherung betreiben, Entwicklungshilfe effektiver gestalten, insbesondere den Wiederaufbau in Syrien bereits jetzt planen (vgl. Marshallplan nach 1945) . Das Thema bleibt uns aber erhalten. Denn über den Begriff der Fremdheit können neue Populismen erwachsen, wenn dieser mit der Unterscheidung Freund und Feind aufgeladen wird.

II.

Die aktuelle Situation erhielt ihre Dramatik durch den Bürgerkrieg in Syrien, dem die westliche Welt hilflos zugeschaut hat und zuschaut, und durch den Zerfall libyscher Staatlichkeit. Angesichts der für manche als Tsunami zu beschreibenden, angeblich plötzlich auf uns zugekommenen Welle von Menschen, jungen Männern, Familien mit kleinen Kindern und für mich besonders ergreifend, die vielen „unbegleitet minderjährigen“ Jugendlichen und Kinder, wird deutlich, auf welch tönernen Füßen das System Europas gebaut ist. Kulturell verbrämte Reflexe ließen ganze Gesellschaften sich abschotten. Es gibt im Osten der EU eine Reihe von Ländern, die, weil sie ihre Bevölkerungsstruktur homogen halten wollen, Menschen mit abweichenden kulturellen Hintergründen ablehnen. Die angestrebte Kontingentlösung scheint gescheitert, Europa ist einmal mehr als handlungsunfähig entlarvt worden. Die Bedeutung des grenzenlosen Europas, die Relativierung und Einhegung des Nationalen in übergreifende Zusammenhänge als Voraussetzung für Prosperität und Frieden, Rechtsstaatlichkeit als Mittel der Wahrung der Menschenwürde und Menschenrechte anstatt als Druckmittel der Abgrenzung, Einigelung und Selbstbeschäftigung, das alles scheint wenig verbreitet im Bewusstsein der Menschen und ihrer (kleinkarierten) Sorge um Identität. Europa ist nicht nur für die zu uns Kommenden das Symbol der Freiheit und des Friedens, Europa war die einzige Lösung, die die politisch Verantwortlichen nach dem moralischen und menschlichen Desaster des Zweiten Weltkriegs denken konnten. Angesichts

der im kommenden Jahr anstehenden Wahlen in verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten und der sich hinziehenden Verhandlungen zum Austritt Großbritanniens aus der EU, habe ich große Sorge, wie sich Europa angesichts des sich abzeichnenden Wachstums des Populismus' entwickeln wird.

III.

Der humanitäre Akt, mit dem Bundeskanzlerin Merkel der Notsituation der Flüchtlinge in den osteuropäischen Hauptstädten begegnete, ermöglichte uns Deutschen eine Demonstration ungeahnter Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit. Das Solidaritätspotenzial unserer Zivilgesellschaft, der Menschen in ihren Lebensbezügen, der Kirchengemeinden und Nachbarschaften war und ist enorm und macht mich stolz. Die politisch mutige Entscheidung Merkels löste in Deutschland zunächst eine Verwaltungskrise aus: Der kaum kontrollierte Zuzug, die schwierige Registrierung – zunächst erschien die Zahl der Flüchtlinge aufgrund von Doppeltregistrierung noch höher zu sein –, die zahlreichen Asylanträge – von denen Sie als Verwaltungsrichter ein besonderes Lied singen können –, die schwierige Situation mit den Unterkünften. Aber nach wenigen Monaten hatte sich vieles geklärt und verläuft nun in guten Bahnen. In Deutschland gibt es das zahlenmäßig weit überlegende freundliche Gesicht; aber es gibt auch die Fratze der Polterer und Protestierer, deren Identität sich insbesondere aus der Abqualifizierung anderer speist. Mich macht die Renationalisierung im Denken im Kontext des konservativen Diskurses, der sich darin mit dem anderen, dem linken Extrem wieder trifft, sehr besorgt! Was bedeutet es heute eigentlich, konservativ zu sein, bewahren zu wollen? Ich selbst stehe für die religiöse Tradition des Katholizismus und lege großen Wert auf geschichtsbewusstes Denken und Handeln. Welche Werte aber wollen wir in die Zukunft tragen, was ist das inhaltlich Bedeutungsvolle, und was sind nur die Formen, die sich an die unterschiedlichen Zeiten anpassen müssen? Diese Fragen stellen wir uns auch in der Kirche auf dem Weg, die Zukunft zu gestalten. Für den politischen Raum sind die Menschenrechte eine gute

Kurzformel, eine Grundorientierung; sie stellen in vielerlei Hinsicht eine säkularisierte Essenz des christlichen Humanismus dar. Natürlich müssen sich die zu uns Gekommenen an unsere Gepflogenheiten anpassen; und natürlich gilt das Grundgesetz für jeden, der sich in Deutschland aufhält. Aber Vielfalt ist auch eine Bereicherung, und auch die aufnehmende Gesellschaft wird sich mit den neu Hinzugekommenen verändern. Was wäre die deutsche Küche ohne die italienischen, spanischen, griechischen, türkischen, asiatischen Einflüsse? Wir haben uns doch immer mit den Menschen verändert, die zu uns gekommen sind, gerade im Ruhrgebiet, für das ich als Ruhrbischof öffentlich eintrete: Wieviele „Ruhri’s“ schwören noch auf ihre schlesische Wurst?

Die Flüchtlingskrise ist, noch mehr als die Euro- und Finanzkrise, das Zeichen für die Fragilität der politischen Rahmenbedingungen unserer westlichen Lebensweise. Nicht zuletzt nach der aktuellen Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten gilt verstärkt: Europa muss sich weiterentwickeln, es wird in allen Hinsichten mehr gefordert werden (sicherheits- und entwicklungspolitisch genauso wie wirtschaftlich und finanziell). Nicht weniger Europa ist die Lösung, sondern mehr Europa! Der Verbreiterung der EU in den vergangenen Jahren muss eine Vertiefung ihrer Strukturen erfolgen und insbesondere eine sachliche Aufgabenkritik vor dem Hintergrund von Subsidiarität und Föderalismus. Was kann auf den unteren Ebenen besser gemacht werden, was gehört nach Brüssel? Auch hier gibt es die Parallele zur Katholischen Kirche mit der Frage, wieviel Einheitlichkeit braucht die Einheit und wie viel Unterschiedliches verträgt sie. Europa ist mehr als ein wirtschaftlicher Interessensausgleich im Spiel von Eigeninteressen. Europa ist das säkulare (politische) Heilsversprechen von Frieden, Gerechtigkeit, Menschenwürde und Wohlstand. Das sind sehr große Worte, sehr abstrakt und grundsätzlich. Aber wie geht das? Hier sind wir in unseren konkreten Bezügen gefragt, an unserem Arbeitsplatz, im Unternehmen, an den Gerichten, in der Schule, zu Hause in den Nachbarschaften, also überall dort, wo wir leben und

arbeiten. Vieles brauchen wir nicht neu erfinden. Es gilt, das immer neu zu reformulieren, was uns auch die vergangenen Jahrzehnte getragen hat. Dafür stehen für mich insbesondere drei Wörter: „Bildung, Arbeit, Integration“.

IV.

1. „Bildung“ ist ein großer Begriff mit einer umfassenden Tradition. Dazu gehört die Geschichte der Universitäten und Schulen, die Kultur, die Sprache, die Religionen, die Persönlichkeits- und Herzensbildung. Dazu gehört aber eben auch und vielleicht besonders das Erlernen der Fertigkeiten des Alltags, die Spezialisierung der Arbeitsprozesse und Techniken. Bildung ist ein Symbolbegriff für die Fähigkeit zur Kommunikation, zur Verständigung. Wir wissen, dass sich unsere Welt dramatisch verändert. Deswegen kann in der modernen Gesellschaft Bildung kein abgeschlossener Vorgang sein, im Sinne der Übernahme eines überkommenen Kanons. Bildung bedeutet, eine Haltung des aufmerksamen und sensiblen lebenslangen Lernens einzunehmen. Bildung ist mehrdimensional und fordert nicht nur die Aktivität von Lehrern, Meistern und Professoren, sondern eben auch die Aktivität, die Bewegung und Beweglichkeit von Schülern, Lehrlingen und Studierenden. Bildung ist darüber hinaus ein lebenslanges Projekt. Wer den Anschluss verliert, riskiert, von den Entwicklungen abgehängt zu werden. Bildung ist die Voraussetzung für die Teilhabe an der Gesellschaft in all ihren Bereichen.

In Deutschland gibt es die wunderbare Erfindung der dualen (Aus-)Bildung mit ihren kognitiv-schulischen und ihren praktisch-betrieblichen Anteilen. Die Verbindung beider Dimensionen ermöglicht die Durchlässigkeit des Systems. Weiterbildung, Spezialisierung bis hin zum Studium ist möglich und damit der Traum vieler vom gesellschaftlichen Aufstieg. Man will doch etwas aus sich machen! Ich bin sicher, viele Flüchtlinge werden vor allem über das Handwerk ihren Weg in die

Arbeitsgesellschaft finden. Noch steht im Vordergrund die Frage, mit welchen Qualifikationen die Menschen zu uns kommen. Sind deren Fertigkeiten übertragbar, oder wie lassen sich Vorerfahrungen aus den Herkunftsländern für unsere Anforderungen in Deutschland und Europa fruchtbar machen? Wie schnell lässt sich die deutsche Sprache lernen? Insbesondere viele Flüchtlinge wollen etwas aus ihrem Leben machen; sie sind den weiten Weg nicht gekommen, um sich hier auszuruhen. Sie haben Bildungshunger und sind bei allen kulturellen Unterschieden strebsam und arbeitswillig. Sie sind dankbar für jede Chance, die wir ihnen geben. Andererseits benötigt unsere Gesellschaft aufgrund des demografischen Wandels und der seit jetzt vier Jahrzehnten existierenden Situation, dass sich unsere Gesellschaft nur noch zu 2/3 reproduziert, ein hohes Maß an Einwanderung.

2. „Arbeit“ gibt es prinzipiell genug. Dennoch wird immer wieder über das Modell eines existenzsichernden Grundeinkommens geredet und gestritten. Ich bin hier sehr skeptisch. Die moderne Gesellschaft ist eine Arbeitsgesellschaft. Und sie wird dies auch in Zeiten der Digitalisierung bleiben. Würde hat der, der durch Arbeit in der Lage ist, sich und seine Familie zu ernähren. Nichts ist demütigender als Arbeitslosigkeit und der Vorwurf der sozialen Hängematte. Wir sollten bzgl. der Flüchtlinge alle Anstrengungen zur Aufnahme in den Arbeitsmarkt unternehmen. Es kann nicht sein, dass über Generationen Sozialhilfekarrieren vererbt werden, wie wir es in manchen Stadtteilen unserer Ruhrgebietskommunen beobachten können, wo Integration weniger gelungen ist. Aus den hier gemachten Fehlern wäre zu lernen! Wir brauchen alle Kräfte, auch die der zu uns Geflüchteten. Der demografische Wandel stellt uns vor große Herausforderungen. Wir können es uns nicht leisten, Menschen nicht zu qualifizieren und nicht in die Produktivität zu integrieren. Das System der Sozialversicherungen steht und fällt mit der Erwerbsarbeit. Heute

finanzieren vier im Berufsleben Stehende einen Rentner – in wenigen Jahren nur noch zwei. Wir brauchen Fachkräfte. Langfristig sind die Flüchtlinge, die zu uns gekommen sind und bleiben müssen und wollen, ein Segen. Wir sollten sie nicht als Konkurrenz wahrnehmen, sondern intensive Anstrengungen unternehmen, sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Langfristig hängt unser Wohlstand auch von ihnen ab. Und die, die dann vielleicht wieder in ihre Heimat gehen, um sie wieder aufzubauen, werden gute Botschafter für Deutschland sein, für unsere Produkte und Techniken und für unsere Lebensform. Aber wir müssen mehr tun, wir müssen einen „Marshallplan“ zum Aufbau der zerstörten Länder entwickeln und auch dort – im Nahen Osten und in Afrika – Arbeit und neue Perspektiven schaffen. Damit werden in Zukunft neue Wirtschaftspartner und Märkte in der nächsten Nachbarschaft Europas entstehen; und die Welt bekommt die Chance, ein wenig friedlicher zu werden.

3. In einer pluralistischen Gesellschaft ist „Integration“ das Schlüsselwort. Sie kann nur über Arbeit und Bildung gelingen. Aber Integration ist wie die Globalisierung keine Einbahnstraße. Integration verändert alles und zwar zum besseren! Mit Integration wird unser System komplexer und langfristig innovativer, vielfältiger und lebendiger. Der Modebegriff „Diversity“ weist auf etwas Richtiges hin: verschieden zusammengesetzte Teams – bestehend aus Männern und Frauen, Jungen und Alten, Menschen unterschiedlicher Bildungshintergründe und Kulturen – sind produktiver, nachhaltiger und weniger konfliktträchtig. Das Wort des ehemaligen Bundespräsidenten von der „bunten Republik Deutschland“ war keine Beschreibung eines Ist-Zustandes, so sehr ich es gut finde, dass die Lebenslüge, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, endlich beendet ist. Was Christian Wulf gesagt hat, ist vielmehr eine Zielvorstellung. In ihrer Abstraktheit ist sie einfach formuliert. Konkret

umgesetzt und wahr gemacht, wird sie nur durch kontinuierliche Anstrengungen unzählig vieler. Wir sollten politisch – und die Verwaltung betreffend – alles dafür tun, dass Hindernisse bei dieser Integrationsarbeit abgebaut werden.

V.

Vor kurzem ist die repräsentative Studie „Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) erschienen und durch die Medien gegangen (vgl. IAB-Kurzbericht 24/2016). Ich bin sehr dankbar für diese wissenschaftlich fundierte Längsschnittuntersuchung mit über 2300 befragten Personen. Sie macht deutlich, was wirklich ist. Mithilfe solcher Instrumente lassen sich Entwicklungen feststellen und politisch begleiten. Das häufigste Fluchtmotiv ist demnach die Angst vor Krieg und Gewalt (70 %), und zwar mit doppelt so vielen Angaben wie die wirtschaftliche Situation im Herkunftsland (32%). Hier wird wieder deutlich, dass die Menschen ihre Heimat nur im äußersten Existenzbedrohenden Notfall verlassen. Insbesondere weil hier die Menschenrechte besonders beachtet würden, hätten sich die meisten für Deutschland als Fluchtziel entschieden. Bildung ist der Schlüssel zur Integration. Vor diesem Hintergrund ist das Ausmaß der von den Geflüchteten genannten Bildungsambitionen sehr ermutigend: So streben 46% der Erwachsenen noch einen allgemeinbildenden Schulabschluss in Deutschland an, 60% einen beruflichen, und mit 23% wollen mehr als ein Drittel davon einen akademischen Abschluss erwerben. Es konnte darüber hinaus festgestellt werden, dass die Sprachförderung im vergangenen Jahr deutlich zugenommen habe, und zwar aufgrund der Sprachprogramme des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie der Bundesagentur für Arbeit, aber auch zahlreicher Angebote der Länder und Kommunen, Wohlfahrtsorganisationen und vieler Ehrenamtlicher. Eine hohe Arbeitsmotivation wurde festgestellt. Obwohl sich noch 55% der Befragten in einem laufenden Asylverfahren befänden, hätten bereits 14% eine

Erwerbstätigkeit aufgenommen. Besonders überraschend an der Studie ist der Nachweis, dass es in Sachen Werteeinstellungen sehr geringe Unterschiede zwischen Geflüchteten und der deutschen Bevölkerung gäbe. 96% stimmen in beiden Vergleichsgruppen darin überein, dass man in einem demokratischen System leben wolle. Mit 96% zu 92% übertrumpfen die Geflüchteten die sie aufnehmende Gesellschaft in der Meinung, dass die Regierung durch freie Wahlen bestimmt werden müsse. Übereinstimmend halten beide Gruppen mit 92% gleiche Rechte für Frauen und Männer für einen Bestandteil der Demokratie. Leichte Unterschiede gibt es in der Frage der Trennung von Politik und Religion: Eine deutliche Minderheit von 13% der Geflüchteten, aber immerhin noch 8% der Deutschen stimmen der Aussage zu, dass Religionsführer die Auslegung der Gesetze bestimmen sollten. Insgesamt ist festzustellen, dass die Aussagen der Geflüchteten in der Studie den Aussagen deutscher Befragter viel mehr ähneln, als denen aus ihren jeweiligen Heimatländern (was mit der starken Selektion durch die Fluchtentscheidung erklärt werden kann).

Das Ergebnis der IAB-Studie zeigt eindrücklich, wie Bildung, Arbeit und Integration zusammenhängen und dass die Integration, im Gegensatz zum medial vermittelten Bild, bereits jetzt gute Fortschritte gemacht hat. Weitere Anstrengungen, besonders im Spracherwerb, liegen vor uns. Die zu uns Gekommenen sind bei aller Fremdheit uns viel ähnlicher, als manche es wahrhaben wollen. Sie sind eine Bestätigung für die Attraktivität unserer europäischen Freiheiten und Lebensformen. Diese sollten wir bei allen Sicherheitsbemühungen, dem (islamistischen und anderen) Terror zu trotzen, vor allem gegen nationale (oder nationalistische) Populismen schützen und weiterentwickeln.

Dafür, dass es in den konkreten Verfahren über den Aufenthaltsstatus für alle Beteiligten mit „rechten Dingen“ zugeht, sorgen Sie als Verwaltungsjuristen.

Ihre Aufgabe sichert die Qualität unseres freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens, indem Entscheidungen in überprüfbaren Verfahren getroffen werden. Damit ist Willkür gebannt. Dass Sie den Menschen „hinter der Akte“ erkennen, seine ihm zukommende Würde achten und durch Ihre Arbeit zur Geltung bringen, dafür danke ich Ihnen herzlich! Ihrer täglichen Arbeit und Mühe erbitte ich Gottes Segen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.